



Antrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Uli Henkel, Dr. Ralph Müller, Josef Seidl** und **Fraktion (AfD)**

Energiepreise wirksam senken – Energieversorgung wieder auf marktwirtschaftlicher Basis sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich zur effektiven Senkung der Energiepreise auf Bundesebene gegen neue energiebezogene Subventionierungsprogramme einzusetzen, um die Preisbildung wieder mit marktwirtschaftlichen Mechanismen zu gewährleisten.
2. Damit einhergehend wird die Staatsregierung aufgefordert, ihre seit Jahren angekündigten Maßnahmen zur Senkung und dauerhaften Begrenzung der Strompreise umzusetzen und damit Haushalte und Unternehmen in Bayern wirksam zu entlasten sowie der Ausbreitung von Energiearmut entgegenzuwirken.

Begründung:

Die energiebedingten Ausgaben von Haushalten und Unternehmen in Bayern nehmen ungebremst zu, obwohl die Staatsregierung in diesem Zusammenhang in den vergangenen Jahren weitreichende Wahlversprechen zur Begrenzung der Strompreise abgegeben hat.

Im Regierungsprogramm der CSU aus dem Jahr 2008 heißt es hierzu¹: „Bayerns Verbraucher und Unternehmen sind auf eine bezahlbare und verlässliche Energieversorgung angewiesen. Dies ist auf absehbare Zeit nur durch einen sinnvollen Energiemix unter Einbeziehung der Kernkraft zu erreichen.“

Im Regierungsprogramm der CSU aus dem Jahr 2013 heißt es²: „Moderne Energie muss bezahlbar bleiben, für die Verbraucher genauso wie für die Betriebe.“

Im Bayerischen Energieprogramm aus dem Jahr 2015 heißt es³: „Die Belastbarkeit der bayerischen Industrie und Haushalte stößt durch die steigenden Energiepreise an ihre Grenzen. Deshalb wollen wir den Strompreisanstieg stoppen.“

Im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien CSU und FREIE WÄHLER aus dem Jahr 2018 heißt es⁴: „Wir wollen eine Stabilisierung der Strompreise. Die Abgabenlast

¹ https://www.hss.de/fileadmin/user_upload/HSS/Dokumente/ACSP/Landtagswahlen/CSU-Programm_LTW_2008.pdf

² <https://www.csu.de/politik/beschluesse/der-bayernplan-2013-2018/?pdf>

³ https://www.stmwi.bayern.de/fileadmin/user_upload/stmwi/Publikationen/2015/2015-21-10-Bayerisches_Energieprogramm.pdf

⁴ https://fw-landtag.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Koalitionsvertrag_CSU_FREIE_W%C3%84HLER_04.11.2018.pdf

wollen wir auch durch eine Reform des EEG-Fördersystems hin zu mehr Markt- und Systemintegration senken.“

Soweit die vollmundigen Versprechen der Regierungspartei(en). Die Realität sieht anders aus: Der Haushaltsstrompreis lag im Jahr 2008 bei durchschnittlich 21,65 ct/kWh und ist seitdem auf aktuell 30,43 ct/kWh angestiegen⁵. Die durchschnittlichen Ausgaben eines Drei-Personen-Haushalts für Strom haben damit im gleichen Zeitraum von ca. 60 Euro auf knapp 90 Euro monatlich zugenommen⁶. Nächstes Jahr wird aufgrund der weiter steigenden EEG-Umlage ein erneuter Preisanstieg erwartet.⁷

Der Staatsregierung, deren Regierungspartei CSU im betrachteten Zeitraum durchgehend auch an der Bundesregierung beteiligt war, kann angesichts dieser Entwicklung nur ein vollständiges Versagen bei der Erfüllung ihrer eigenen Wahlversprechen attestiert werden. Die Strompreise steigen ungebremst weiter, die finanzielle Belastung von Haushalten und Unternehmen nimmt damit im selben Maße zu. Dies führt mittlerweile zu massiven sozialen Verwerfungen, die sich in einer Ausbreitung von Energiearmut äußern: Vereinfacht gesagt können immer mehr Menschen ihre energiebedingten Ausgaben nicht mehr decken und geraten damit in eine fatale persönliche Lage. So wurde bundesweit allein im Jahr 2017 rund 344 000 Haushalten der Strom wegen unbezahlter Rechnungen abgestellt, darunter waren 35 000 bayerische Haushalte⁸. Dies trifft besonders Rentner und Geringverdiener. Auch die bayerische Wirtschaft leidet massiv unter hohen Energiekosten und wird damit in ihrer Wettbewerbsfähigkeit stark beeinträchtigt.

Die jüngsten Ankündigungen des Staatsministers für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie im Rahmen seiner Regierungserklärung deuten darauf hin, dass zahlreiche Energieträger auch zukünftig stark subventioniert werden sollen⁹. Damit ist jedoch ein weiterer Anstieg der Energiepreise verbunden, was für alle Verbraucher zu entsprechenden Mehrkosten führen wird.

Für die verfehlte Energiepolitik von Staats- und Bundesregierung dürfen Bürger und Wirtschaft nicht weiter zur Kasse gebeten werden. Die Energiepreise müssen daher schnell und wirksam gesenkt werden. Die Antragsteller fordern in diesem Zusammenhang nichts anderes als die Einhaltung der Wahlversprechen der Staatsregierung.

⁵ https://www.bdew.de/media/documents/190723_BDEW-Strompreisanalyse_Juli-2019.pdf

⁶ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/5670/umfrage/durchschnittliche-monatliche-stromrechnung-seit-1998/>

⁷ <https://www.heise.de/newsticker/meldung/EEG-Umlage-steigt-2020-hoehere-Strompreise-befuerchtet-4555775.html>

⁸ https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/Allgemeines/Bundesnetzagentur/Publicationen/Berichte/2018/Monitoringbericht_Energie2018.pdf?__blob=publicationFile&v=6

⁹ <https://www.bayern.landtag.de/aktuelles/sitzungen/aus-dem-plenum/regierungserklaerung-zu-bayerns-energiepolitik/>